

gemeinsam in allen Deutschland als Ganzes betreffenden Angelegenheiten durch den Alliierten Kontrollrat ausgeübt werden sollte, ferner, daß Deutschland als wirtschaftliche Einheit behandelt werden sollte, es als Träger von Reparationsverpflichtungen und als Partner eines künftigen Friedensvertrages betrachtet wurde, und schließlich, daß der Passus, dem zufolge keine zentrale deutsche Regierung errichtet werden sollte, die Einschränkung »bis auf weiteres« enthielt und in der Zwischenzeit einige wichtige zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen errichtet werden sollten, zu schließen, daß die Alliierten davon ausgingen, daß Deutschland als Einheit erhalten werden sollte.

Die provisorische Regierung der Französischen Republik stimmte den in dem Communiqué niedergelegten Grundsätzen am 7. 8. 1945 zu, machte jedoch Vorbehalte, die sich u.a. auf die Wiedererrichtung einer Zentralregierung in Deutschland, die Wiederzulassung der politischen Parteien sowie die Bildung zentraler Verwaltungsabteilungen bezogen¹⁵.

II. Der Beginn der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung

1. Neugestaltung des politischen Lebens in der SBZ. Wenn die Präambel der Verfassung von 1968 es als geschichtliche Tatsache bezeichnet, daß der Imperialismus Deutschland gespalten habe, um Westdeutschland zu einer Basis des Imperialismus und des Kampfes gegen den Sozialismus auszubauen, wird den USA als »Führung« des Imperialismus ebenso wie den beiden anderen westlichen Besatzungsmächten Großbritannien und Frankreich sowie den Kreisen des westdeutschen Monopolkapitals, in deren Einvernehmen der Imperialismus gehandelt habe, der Bruch der Potsdamer Abkommens angestrichet.

Indessen war die UdSSR bereits vor der Potsdamer Konferenz daran gegangen, das politische Leben in ihrer Besatzungszone (SBZ) neu zu gestalten. Sie machte dabei von der Übertragung der obersten Gewalt an die einzelnen Besatzungsmächte jeweils für ihre Besatzungszone unverzüglich Gebrauch.

a) Wie die anderen Besatzungsmächte in ihren Zonen richtete sie zunächst eine Militärverwaltung ein. Schon während der Kampfhandlungen waren auf örtlicher Ebene Kommandanturen eingerichtet worden. Sodann bildete sie in der preußischen Provinz Mark Brandenburg (später Brandenburg genannt) und in den Ländern Mecklenburg (zunächst Mecklenburg-Vorpommern genannt) und Sachsen Militäradministrationen. Mit dem Befehl Nr. 1 wurde am 9. 6. 1945 die Sowjetische Militär-Administration in Deutschland (SMAD) errichtet^{15 16}. Nachdem die Truppen der UdSSR Anfang Juli 1945 das ihnen zugesprochene, zunächst im Laufe der Kampfhandlungen aber von amerikanischen und britischen Truppen eroberte Besatzungsgebiet vollständig besetzt hatten, wurden auch in der preußischen Provinz Sachsen, der das Land Anhalt zugeschlagen wurde, und in den Thüringen Militäradministrativen errichtet.

15 Französische Dokumente über Deutschland, Europa-Archiv, 9. Jahr (Juli-Dezember 1954), S. 6744.

16 Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Sammelheft I, Berlin (Ost), 1946, S. 9.